



COLLAGE: C. SAUERTEIG, FOTOS: © DJILE, PIKSELSTOCK, KADMY, STOCKPHOTO-GRAF - STOCK.ADOBE.COM

NEUBRANDENBURG. 3994 Euro brutto. So viel verdient ein deutscher Arbeitnehmer offiziell im Durchschnitt. Ein Verdienst, von dem Holger W. aus Pasewalk nur träumen kann. Herr W. ist 57 Jahre alt und Kommunikationsdesigner. Er arbeitet sozialversicherungspflichtig, 40 Stunden pro Woche, ist eine der vielzitierten Fachkräfte, die in Mecklenburg-Vorpommern so gebraucht werden. Und W. geht mit 2100 Euro brutto nach Hause, netto bleiben ihm rund 1400 Euro. Kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld, die letzte Gehaltserhöhung liegt acht Jahre zurück. Und wenn Miete, Nebenkosten, Versicherungen und die Ausgaben für das Auto, das er zum Pendeln braucht, bezahlt sind, bleibt nicht mehr viel übrig. Etwas für die Rente zurücklegen? Von seinem eigenen Gehalt unmöglich. „Zum Glück ist unser Kind heute alt genug, so dass meine Frau wieder arbeiten gehen kann“, sagt W., „sonst würden wir überhaupt nicht über die Runden kommen“. Mit den offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die von der Bundesregierung festgestellt und veröffentlicht werden, kann W. nichts anfangen. Zu sehr unterscheiden sie sich von seiner Lebensrealität.

Wie kommt es zu diesem für ostdeutsche Verhältnisse utopischen Durchschnittseinkommen von knapp 4000 Euro brutto im Monat? Das ist genau der Mittelwert aller Gehälter jener Arbeitnehmer in Deutschland, die in die Rentenversicherung einzahlen. Doch bei dieser Berechnungsweise gibt es zwei fundamentale Probleme: Erstens gibt es große regionale Unterschiede. So lagen die Durchschnittseinkommen im Jahr 2019 in den Ländern mit den höchsten Löhnen bei 5001 Euro (Hamburg), 4919 Euro (Hessen) und 4720 Euro (Baden-Württemberg). Brandenburg lag als bestes ostdeutsches Bundesland mit 3540 Euro auf Platz 12, Mecklenburg-Vorpommern mit 3321 Euro auf dem letzten Platz. Doch selbst das ist hoch im Vergleich zu dem Gehalt, das Facharbeiter Holger W. aus Pasewalk erhält.

Das führt zum zweiten Problem der Statistik: Denn der Durchschnittsverdienst bezieht sich auf den genauen Durchschnittswert von Vollzeitjobs. Also werden nicht nur Teilzeitstellen, geringfügige Beschäftigungen und andere Arten der Erwerbstätigkeit ausgeklammert. Auch verzerren die wenigen Spitzenverdiener das Bild und reißen den Durchschnitt nach oben. Tatsächlich verdient nur ein Drittel

„Davon kann doch keiner leben“

Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Bruttolöhne steigen, eines der höchsten Durchschnittseinkommen in ganz Europa: Glaubt man den offiziellen Zahlen, dann sieht es gar nicht so schlecht aus in Deutschland. Doch irgendwas stimmt da nicht. Die Werte lassen wichtige Punkte außer Acht und verdecken, dass einem Großteil der Erwerbstätigen, vor allem im Osten, die Altersarmut droht.

Von Carsten Korfmacher

aller deutschen Arbeitnehmer den Durchschnittsverdienst von knapp 4000 Euro oder mehr, zwei Drittel liegen zum Teil deutlich darunter. Interessanter wäre es also, sich das Median-Einkommen aller Jobs anzusehen. Dieser Wert teilt nämlich die Verdienste in eine obere und eine untere Hälfte. Und diese Grenze liegt bundesweit nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes für alle Einkommen bei 2423 Euro brutto im Monat.

Jeder Dritte trotz Vollzeitjob deutlich unter 1900 Euro brutto
Die eine Hälfte aller Deutschen verdient also deutlich weniger als 2500 Euro brutto im Monat, die andere Hälfte mehr. Legt man nun das prozentuale Gefälle zwischen den Bundesländern beim Durchschnittseinkommen zugrunde, dann dürfte das Median-Einkommen aller Beschäftigten in MV bei 2015 Euro und in Brandenburg bei 2148 Euro

liegen. Somit ist Holger W. aus Pasewalk ein für die regionalen Verhältnisse typischer Verdiener.

Doch auch das ist wahrscheinlich noch zu positiv gerechnet. Denn beim offiziellen Durchschnittseinkommen werden sogenannte „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse wie Teilzeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit oder geringfügige Beschäftigungen größtenteils herausgerechnet. Im Osten arbeiten aber 39 Prozent aller Beschäftigten in solchen Jobs, während es in Westdeutschland mit 18 Prozent nicht einmal ein Fünftel sind. Zu diesem Ergebnis kam das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit, in ihrem Betriebspanel Ostdeutschland aus dem Jahr 2019. Damit ist das prozentuale Gefälle zwischen Ost und West größer als angenommen. Das tatsächliche Median-Einkommen im östlichen MV und der

Uckermark dürfte also eher knapp unter 2000 Euro brutto liegen. In Hinblick auf eine drohende Altersarmut kommt erschwerend hinzu, dass der Niedriglohnssektor im Osten deutlich größer ist als im Westen: Jeder dritte ostdeutsche Beschäftigte arbeitet trotz Vollzeit für deutlich unter 1900 Euro brutto, bundesweit ist es jeder fünfte. Nach Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung ist jeder Arbeitnehmer mit 45 Berufsjahren und einem Gehalt von heute 2134 Euro brutto im Alter auf die soziale Grundsicherung angewiesen – liegt also auf Hartz-IV-Niveau. Dies wird, und das ist das erschreckende Ergebnis dieser Zahlen, auf die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer im östlichen MV und der Uckermark zutreffen.

„Von einem solchen Gehalt kann doch keiner leben, geschweige denn einen ruhigen Lebensabend verbringen“, sagt W. konsterniert. „Es würde helfen, wenn

sich mein Arbeitgeber wenigstens am Tarif orientieren würde.“ Doch die Realität sieht so aus, dass sich 80 Prozent aller Unternehmen in den neuen Ländern Tariflöhne nicht leisten wollen oder können – Tendenz steigend. Nach Tarif zahlen vor allem große Betriebe (mit mehr als 250 Mitarbeitern) und ältere Unternehmen (mit einem Gründungsjahr vor 1990). Von diesen gibt es im Osten aber deutlich weniger als im Westen.

Der Osten befindet sich in einem Teufelskreis

Und da bringt es auch nichts, dass die Arbeitslosenquote in Deutschland über Jahre gesunken ist – denn von dieser Tendenz profitieren vor allem die alten Bundesländer. Zwischen 1991 und 2019 ist die absolute Zahl an Erwerbstätigen in Westdeutschland um 7 Millionen auf 37,2 Millionen gestiegen. Das ist eine Zunahme von rund 23,2 Prozent, bei einer Bevölkerungszunahme von 7,4 Prozent. In Ostdeutschland jedoch ist die absolute Zahl an Arbeitnehmern um 400 000 auf 8,1 Millionen gesunken. Das ist ein Minus von 4,7 Prozent, bei einer Bevölkerungsabnahme von 13,6 Prozent. Unterm Strich heißt das: Proportional hat Ostdeutschland durch die sinkende Arbeitslosigkeit deutlich weniger Arbeitnehmer pro Einwohner hinzugewonnen als Westdeutschland. Und die absolute Zahl an Erwerbstätigen, also jener Menschen, die durch ihre Kaufkraft für wirtschaftlichen Aufschwung sorgen könnten, ist sogar gesunken.

All dies führt zu einem wirtschaftlichen Teufelskreis, der sich durch den gesamten Osten zieht: Geringe Gehälter führen zu geringen Renten. Geringe Gehälter und Renten führen zu einer gedrosselten Konsumfreudigkeit. Darunter leiden vor allem kleine Betriebe, die den regionalen Absatzmarkt bedienen. Und als Folge ist es ihnen schlicht oft nicht möglich, die höheren Löhne zu zahlen, die nötig wären, um den Kreislauf zu beenden. Bei vielen Menschen im Osten machen sich auch deshalb Frust und Verzweiflung breit. „Irgendwie sind die blühenden Landschaften, von denen einst Helmut Kohl sprach, nicht aufgegangen“, sagt Holger W. resignierend. „Im Gegenteil.“

Brutto-Einkommen im Vergleich

Region	Durchschnittseinkommen Durchschnitt der Vollzeittlöhne, ohne Teilzeit, Minijobs etc.	Median-Einkommen Mittelwert aller Löhne: 50% verdienen mehr, 50% weniger
Deutschland	3994 Euro	2423 Euro
Brandenburg	3540 Euro	ca. 2148 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	3321 Euro	ca. 2015 Euro

1615 - 1880 Euro

Niedriglohngrenze aller Beschäftigten, je nach Berechnung. Trotz Vollzeitjob verdient ein Fünftel aller Arbeitnehmer weniger, im Osten sogar ein Drittel.

NK-Grafik, Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW, eigene Berechnungen

Armes, reiches Deutschland

Die Zahlen zeigen schonungslos: Das Wohlstandsversprechen gilt nicht mehr für alle. Wie geht es weiter?

- Teil 1 Gute Arbeit, fairer Lohn?
- Teil 2 Pandemie der Altersarmut
- Teil 3 Armes Volk im reichen Land
- Teil 4 Was die Politik tun will
- Teil 5 Profi-Tipps für den Sparer
- Teil 6 Für mich ist jeder Tag Zahltag
- Teil 7 Ende des Kapitalismus?
- Teil 8 Von Neidern und Angsthasen

Was denken Sie über diese Entwicklungen? Schreiben Sie dem Autor unter c.korfmacher@nordkurier.de

Kontakt zum Autor
c.korfmacher@nordkurier.de



COLLAGE: J. STOCKFISCH, FOTOS: © ALEXANDER RATHS - STOCK.ADOBE.COM, SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

NEUBRANDENBURG. Hildegard H. ist eine rüstige, lebensfrohe Frau, der man ihre 69 Lebensjahre kaum anmerkt. Wenn sie Geschichten aus ihrer Vergangenheit erzählt, lacht sie viel. Doch sobald sich ihre Gedanken in die Gegenwart kehren, verdunkelt sich ihre Miene. „Ich ertrage die Nachrichten nicht mehr, weil ich das Gefühl habe, von der Politik an jeder Ecke belogen und betrogen zu werden“, sagt die Neubrandenburgerin dann. Während ihrer Arbeitsjahre lebte H. ein gut situiertes Leben. Sie war Sekretärin in einem Krankenhaus, später Chefsekretärin in einem Betrieb, leitete anschließend ein Nachhilfeeinstitut. 42 Jahre lang war sie im Arbeitsleben. Ihr Mann (62) hat sich die Knochen auf dem Bau kaputtgearbeitet, ging nach 40 Arbeitsjahren aufgrund von körperlichen Problemen in Frührente. Heute bekommt H. 810 Euro Rente, ihr Mann eine Erwerbsminderungsrente von 574 Euro. Mit zusammen 1384 Euro liegen die beiden deutlich unter den 1611 Euro, die die Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter als Armutsuntergrenze für Paare definiert. Hätten die Hs. nichts angespart, würden sie mit ihren Renten kaum über die Runden kommen.

In Deutschland breitet sich eine neue Pandemie aus: nämlich die der Altersarmut. Die Zahl der Senioren, die von der gesetzlichen Rente nicht mehr leben können, steigt kontinuierlich an. Lebten im Jahr 2015 noch rund 3 Prozent aller Rentner in Deutschland unter der Armutsuntergrenze, werden es im Jahr 2030 schon 30 Prozent sein, rechnet die Gewerkschaft Verdi hoch. Eine Verzehnfachung.

Dabei ist eine deutliche Beschleunigung der Verarmung der älteren Bevölkerung zu beobachten. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl der Rentner, die auf die soziale Grundsicherung angewiesen sind, bereits mehr als verdoppelt: von 258 000 Personen im Jahr 2003 auf 566 000 im Jahr 2019. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt sogar, dass sich hinter den herangezogenen Zahlen eine massive verdeckte Altersarmut verbirgt. Denn in die Statistik fließen nur jene Rentner

1306

Euro brutto beträgt die offizielle Rente im Durchschnitt in MV.

ein, die eine soziale Grundsicherung beziehen. Viele ältere Menschen verzichten darauf, einen Antrag zu stellen: aus Scham, aus Unwissenheit, oder häufig auch, weil ihnen die Formulare zu kompliziert sind.

Laut DIW nehmen 62 Prozent aller Berechtigten ihre Leistungen nicht in Anspruch. Das bedeutet: Von 100 armen Rentnern beantragen nur 38 die Sozialleistungen, die ihnen zustehen, 62 tun es nicht. Die Zahl der Senioren, die von einer Rente unterhalb der Armutsuntergrenze leben, wäre somit mehr als doppelt so hoch als angenommen: 625 000 arme Rentner weilen schweigend unter uns.

Im Nordosten liegen die meisten Renten unter der Armutsuntergrenze

Selbst jene Rentner, die noch ganz gut über die Runden kommen, müssen im Ruhestand mit starken Einschränkungen leben. Gesundheit, Alltagserleichterungen, Urlaub, Geschenke für die Enkelkinder und gerade im ländlichen Raum ein Auto: Häufig müssen sich Senioren zwischen den verschiedenen Notwendigkeiten des Lebens entscheiden. Und geht doch etwas schief, wie bei Hildegard H. aus Neubrandenburg, dann wird es häufig ganz eng: Kurz nachdem die heute 69-jährige in Rente geht, erkrankt ihre Mutter schwer an Demenz. H. und ihr Mann pflegen die Mutter, deren eigene Rente ebenfalls nicht ausreicht, fünf Jahre lang zuhause und

Pandemie der Altersarmut

Die gesetzliche Rente reicht für viele Menschen schon heute nicht zum Leben. Und in den kommenden Jahren wird sich diese Situation dramatisch verschlechtern. In den neuen Ländern ist die Situation besonders dramatisch. Immer mehr älteren Ostdeutschen droht ein Leben in Armut.

Von Carsten Korfmacher

56,2

Prozent aller Renten liegen unter 1000 Euro netto - und damit unter der Armutsuntergrenze

tragen die Kosten selbst. „Ich habe meine Mutter sehr geliebt. In diesen Jahren waren wir nicht nur finanziell, sondern auch seelisch völlig an unserer Grenze“, sagt H. rückblickend. „So hatte ich mir meinen Ruhestand nicht vorgestellt.“

Für viele ältere Menschen im Nordosten ist dies das bestimmende Gefühl ihres Lebensabends. Die Armutsuntergrenze liegt laut Amtlicher Sozialberichterstattung für eine Person bei 1074 Euro, für ein Paar bei 1611 Euro. Vergleicht man das mit den Renten im Nordosten, dann sieht es auf den ersten Blick schlecht und auf den zweiten dramatisch aus: Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung liegt die Brutto-Durchschnittsrente in Mecklenburg-Vorpommern nämlich bei 1306 Euro, in Brandenburg bei 1343 Euro. Einem Arbeitnehmer, der dieses Jahr in Rente ginge, blieben netto bei typischen Steuern und Sozialabgaben rund 1131 Euro in MV und 1159 Euro in Brandenburg – die

meisten Rentner im Nordosten liegen also unter oder nur knapp über der Armutsuntergrenze.

Gesetzliche Rente im Osten oft einzige Einkommensquelle

Aber: In diese Statistik fließen nur Altersrenten mit mindestens 35 Versicherungsjahren ein. Es fehlen viele Arbeitnehmer, die lange in Teilzeit oder Saisonarbeit beschäftigt waren. Zudem werden Erwerbsminderungsrentner wie Hildegard Hs. Ehemann nicht miteinbezogen. Auch fallen viele Arbeitnehmer aus der Statistik, die eine unterbrochene Erwerbsbiografie aufweisen – und von denen gibt es aufgrund der im Nordosten extrem hohen Arbeitslosenquoten in den 2000er Jahren von zum Teil über 20 Prozent eine Menge. Es ist also davon auszugehen, dass der größere Teil der heute im östlichen MV und in der Uckermark lebenden Senioren von einer Rente unterhalb der Armutsuntergrenze lebt.

Kann es sein, dass das nur die halbe Wahrheit ist? Viele ältere Menschen leben schließlich nicht nur von ihrer gesetzlichen Rente. Sie haben zusätzlich eine betriebliche Rente, Ersparnisse oder eine Immobilie. Doch all diese Punkte treffen vor allem auf einen Typ von Rentner gerade nicht zu: den Ostdeutschen. Wie wir im ersten Teil dieser Serie sahen, sind die ostdeutschen Median-Einkommen in der Breite nicht dazu geeignet, langfristig Vermögen aufzubauen.

Konsequenz daraus ist, dass die gesetzliche Rente in Ostdeutschland für die meisten Bürger über 65 die einzige Einkommensquelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts ist. Im Westen hat eine deutlich höhere Zahl an Menschen Betriebs-

renten oder Einnahmen aus Kapitalerträgen. So hatten nach Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit im Jahr 2015 in den alten Ländern 31 Prozent der Bürger über 65 ein Einkommen aus einer betrieblichen Altersvorsorge, im Osten waren es nur 5 Prozent. „Bei privaten und betrieblichen Renten sowie Vermögenseinkommen herrschen nach wie vor persistente Unterschiede, so dass bei den gesamten Alterseinkommen keine Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten ist“, sagt deshalb auch DIW-Rentenexperte Peter Haan.

Viel zu lange hat die Politik die Augen vor einer erschreckenden Tatsache verschlossen: Das deutsche Rentensystem wird ohne drastische Reformen den Entwicklungen der kommenden Jahrzehnte nicht standhalten. Die Deutschen werden immer älter, so dass sich der sogenannte Rentner-Quotient, also das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern, kontinuierlich verschlechtert – dabei decken bereits jetzt die Rentenbeiträge nicht die Kosten.

625 000

Zahl der armen Rentner, die trotz Anspruchs keine Hilfe beim Amt beantragen.

Es gibt keinen Ausweg: Heute liegen 56,2 Prozent aller gesetzlichen Renten unter 1000 Euro netto, wie die Bundesregierung auf Nachfrage der Linken berichtet. Um diese Renten, die bereits unter der Armutsuntergrenze liegen, zu halten, müsste das Rentenniveau von 48 Prozent wenigstens konstant bleiben. Doch bis 2030 soll es auf 43,5 Prozent sinken. Gleichzeitig soll der Beitragssatz zur Rentenversicherung von heute 18,7 Prozent auf 22 Prozent im Jahr 2030 und 27 Prozent im Jahr 2050 steigen.

Heißt im Klartext: Arbeit wird aufgrund der immer höheren Abgaben unattraktiver. Die dritte Möglichkeit der Stabilisierung des Rentensystems – ohne eine grundlegende Reform – wäre die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Für jene Menschen, die in für den Nordosten typischen Jobs arbeiten, in Pflege, Landwirtschaft, Gastronomie oder Handwerk, ist das körperlich schlicht nicht machbar. „Ich bin so wütend, und ich nehme diese Wut auch bei anderen wahr“, sagt Hildegard H. „Den Leuten platzt bald der Kragen.“

Armes, reiches Deutschland

Die Zahlen zeigen schonungslos: Das Wohlstandsversprechen gilt nicht mehr für alle. Wie geht es weiter?

- Teil 1 Gute Arbeit, fairer Lohn?
- Teil 2 **Pandemie der Altersarmut**
- Teil 3 Armes Volk im reichen Land
- Teil 4 Was die Politik tun will
- Teil 5 Profi-Tipps für den Sparer
- Teil 6 Für mich ist jeder Tag Zahltag
- Teil 7 Ende des Kapitalismus?
- Teil 8 Von Neidern und Angsthasen

Was denken Sie über diese Entwicklungen? Schreiben Sie dem Autor unter c.korfmacher@nordkurier.de





COLLAGE: C. SAUERTEIG, FOTOS: © MMA23, JS-PHOTO, PETERSCHREIBER.MEDIA, K.-U. HÄSSLER - STOCK.ADOBE.COM

NEUBRANDENBURG. Die Bundesrepublik gehört wirtschaftlich zu den globalen Schwergewichten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist Deutschland hinter China, den USA und Japan die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Und auch beim Gesamtvermögen der Bürger belegt Deutschland Platz 5 in der Welttrangliste, hier hat sich außerdem nur Indien mit seinen knapp 1,4 Milliarden Einwohnern vorbeigeschoben. Seit vielen Jahren erwirtschaften deutsche Unternehmen einen hohen Handelsbilanzüberschuss. Der reicht zwar nicht mehr für den Titel „Exportweltmeister“, denn den trägt China bereits seit 2009. Doch unterm Strich zeigen die Zahlen: Der deutsche Mythos vom reichen Land hat eine gewisse Daseinsberechtigung.

Um so erstaunlicher ist es, dass dieser Reichtum beim Durchschnittsbürger nicht anzukommen scheint. Denn gemessen am mittleren Vermögen, das die deutsche Gesellschaft bezüglich ihres Reichtums in eine obere und eine untere Hälfte teilt, gehören die Deutschen zu den ärmsten Bürgern in der Europäischen Union. Ob in Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Frankreich, Irland, Belgien, Malta, Slowenien, Dänemark oder Luxemburg – fast überall ist das Median-Vermögen größer als in Deutschland, teilweise sogar drei bis vier Mal so hoch. Während der Durchschnittsdeutsche ein Nettovermögen von 35 313 Dollar (rund 29 700 Euro) besitzt, beträgt das mittlere Vermögen in Belgien 117 093, in Frankreich 101 942, in Spanien 95 360 und in Italien 91 889 Dollar.

Wie kommt es zu diesen massiven Unterschieden? Es gibt zwei hauptsächliche Gründe: Erstens liegt diese Diskrepanz in der Art der Vermögen begründet, die die Deutschen besitzen. Ein Großteil davon liegt nämlich in Bargeld und Lebensversicherungen, also in Anlagen, die durch Inflation oder hohe Gebühren langfristig an Wert verlieren.

Bei Anlagen mit Wertsteigerungspotenzial hingegen sieht es mau aus. Zum einen hat Deutschland mit 46,5 Prozent die niedrigste Wohneigentumsquote in der gesamten Europäischen Union. Durchschnittlich wohnen 70 Prozent aller Europäer in den eigenen vier Wänden. In Rumänien, Litauen und Kroatien sind es sogar deutlich über 90 Prozent, auch Spanien (78), die Niederlande (69), Schweden (65), Frankreich (65) oder das Vereinigte Königreich (63) weisen deutlich höhere Eigentümerquoten als Deutschland auf.

Und zum anderen ist der Anteil der Deutschen, die Aktien besitzen,

traditionell äußerst gering. Nach Angaben des Deutschen Aktieninstituts lag die Aktionärsquote in Deutschland im Jahr 2019 bei 15,2 Prozent. Das heißt: Nur jeder siebte Erwachsene besitzt Aktien oder Aktienfonds. In anderen Ländern sind diese Quoten deutlich höher: 56 Prozent aller US-Amerikaner und ein Drittel aller Briten besitzen Aktien.

Sind Deutsche selbst schuld, dass sie nicht reicher sind?

Ähnlich hoch oder noch höher sind die Aktionärsquoten in Japan, den Niederlanden, Belgien oder der Schweiz. Über das staatliche, teils börsenbasierte Rentensystem ist sogar jeder zweite Schwede über 15 Jahren direkt oder indirekt in Aktien investiert. Im Klartext heißt das: Die relative Armut der Deutschen ist zum Teil selbstverschuldet. Würden Bundesbürger ihr Geld nicht aufs Sparsbuch legen, sondern in Immobilien, Aktien oder andere vermögensbildende Geldanlagen mit

Wertsteigerungspotenzial investieren, würden sie langfristig deutlich wohlhabender.

Doch hier kommt der zweite Grund für die gewaltige Diskrepanz zwischen Staatsreichtum und Bürgerarmut zum Tragen: Das Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich verteilt, so dass ein Großteil der Deutschen nur schwer in der Lage ist, überhaupt Geld zu investieren. Die Vermögensungleichheit wird mit dem sogenannten Gini-Koeffizienten bestimmt. Liegt er bei 0, haben alle Bürger gleich viel, liegt er bei 1, besitzt ein Bürger alles und der Rest gar nichts. Deutschland gehört mit einem Wert von 0,816 zu den Gesellschaften mit der ungleichmäßigsten Verteilung von Reichtum überhaupt und liegt etwa auf einem Level mit Nigeria und Südafrika. Weltweit gibt es weniger als zwei Dutzend Länder, in denen die Vermögen noch ungleicher verteilt sind, darunter die Niederlande (0,902), Russland (0,879) und die USA (0,852). In Deutschland

besitzt das reichste ein Prozent rund ein Drittel des Gesamtvermögens.

Um dieser seit Jahrzehnten zunehmenden materiellen Ungleichheit Herr zu werden, ist eine Umverteilung notwendig. Die Frage ist: Wie? Aus der Politik kommt häufig der Vorschlag, die Einkommenssteuer für Gutverdiener zu erhöhen. Doch gerade hier ist Ungerechtigkeit nicht das Problem: Durch eine progressive Einkommensbesteuerung und hohe Sozialabgaben gehört Deutschland global zu den gerechtesten Lohnländern der Welt. Nach Zahlen des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) liegt der Gini-Index in Bezug auf deutsche Löhne abzüglich Steuern und Transferleistungen bei 0,297 – damit sind die Einkommen in nur wenigen Ländern weltweit gerechter verteilt.

Vielmehr tritt bei einer Erhöhung der Einkommenssteuer sogar ein gegenteiliger Effekt ein: Durch die weltweit höchsten Steuern und Sozialabgaben und

die relativ niedrige Spitzensteuersatz-Grenze können abhängig Beschäftigte, die nicht bereits reich geboren wurden, einen Vermögensvorsprung zu Lebzeiten nicht mehr aufholen. Mit anderen Worten: In Deutschland arbeitet sich niemand reich. Größere Vermögen entstehen hier schlicht nicht durch Lohnarbeit. Sie haben fast immer einen von drei Ursprüngen: Selbstständigkeit, Erbschaft oder die Wertsteigerung von vorhandenem Kapital.

Erbschaften werden effektiv fast gar nicht besteuert

Und dies ist besonders für Ostdeutschland eine extrem bittere Erkenntnis. Denn in jedem dieser Bereiche hinkt der Osten hinterher: Zum einen dauerte es mehr als 20 Jahre, bis sich die Selbständigenquoten in Ost und West seit der Wiedervereinigung allmählich angeglichen. 1991 waren in Westdeutschland 9,7 Prozent aller Erwerbsfähigen selbstständig, im Osten mit 4,6 Prozent nicht einmal die Hälfte. Erst 2013, als die Selbständigenquote in alten wie neuen Ländern bei jeweils 9,8 Prozent lag, holte der Osten den Westen ein.

Und auch bei den Erbschaften und dem vorhandenen Vermögen sieht es im Osten alles andere als rosig aus. Heute machen Ostdeutsche 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, stellen aber 20 Prozent der ärmeren Hälfte der Deutschen und nur 6 Prozent aller Millionäre. Insgesamt werden in Ostdeutschland lediglich 14 Prozent des vererbten Geldvermögens und 8 Prozent des vererbten Immobilienvermögens an die nächste Generation weitergegeben – bei 22 Prozent aller Erbschaften in Deutschland.

Gleichzeitig werden Erbschaften so gut wie gar nicht besteuert. Nach Berechnungen des Deutschen Institut für Altersvorsorge liegt die Effektivbesteuerung des jährlichen Erbschaftsvolumens in Deutschland bei nur 2,8 Prozent. Jedes Jahr werden also bis zu 400 Milliarden Euro an Vermögen praktisch unversteuert transferiert, ohne dass der Staat die Möglichkeit einer gleichmäßigeren Verteilung nutzen würde. Stattdessen konzentriert sich die Politik neben der Lohnsteuer auf die Einführung immer neuer Steuern auf den Kauf von Aktien und Fonds – die absurderweise Kleinanleger und Rentenvorsorger genau so treffen wie Hedgefonds oder Börsenmilliardäre. Konsequenz: Deutschland wird auch zukünftig das Armenhaus der EU bleiben.

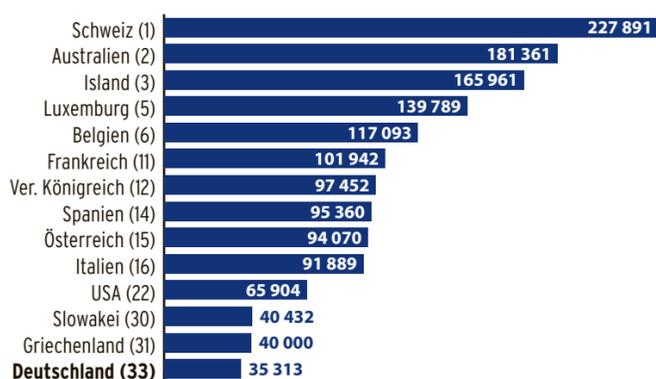
Armes Volk im reichen Land

In der Bundesrepublik erzählt man sich gerne das Märchen vom reichen Deutschland. Es ist Teil unserer nationalen Identität geworden, immer vorne mit dabei zu sein. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Die Vermögen sind gering, der Mittelstand schrumpft, die materielle Ungleichheit wächst.

Von Carsten Korfmacher

Vermögen im globalen Vergleich

Mittleres Vermögen im Jahr 2019 pro Erwachsenem in US-Dollar (weltweite Platzierung)



QUELLE: Credit Suisse, Global Wealth Report

NK-GRAFIK: C. Sauersteig

Armes, reiches Deutschland

Die Zahlen zeigen schonungslos: Das Wohlstandsversprechen gilt nicht mehr für alle. Wie geht es weiter?

- Teil 1 Gute Arbeit, fairer Lohn?
- Teil 2 Pandemie der Altersarmut
- Teil 3 Armes Volk im reichen Land**
- Teil 4 Was die Politik tun will
- Teil 5 Profi-Tipps für den Sparer
- Teil 6 Für mich ist jeder Tag Zahltag
- Teil 7 Ende des Kapitalismus?
- Teil 8 Von Neidern und Angsthasen

Was denken Sie über diese Entwicklungen? Schreiben Sie dem Autor unter c.korfmacher@nordkurier.de



COLLAGEN: J. RIEBAU; FOTOS: © LIGHTFIELD STUDIOS, BILDERSTOCKCHEN, NIKONMIKE - STOCK.ADBE.COM

Rezepte verzweifelt gesucht

Löhne, Renten, Vermögen: Die Zahlen sind verheerend, und der Blick in die Zukunft zeigt, dass wir uns wirtschaftlich auf harte Zeiten gefasst machen müssen - vor allem in Ostdeutschland.

Das schürt Wut in der Bevölkerung. Welche Konzepte hat die Politik in der Tasche, um eine gesellschaftliche Katastrophe abzuwenden?

Von Carsten Korfmacher

NEUBRANDENBURG. Deutschland sitzt auf einem Pulverfass und der Osten ist die Lunte. So viel ist in den vorgegangenen Teilen dieser Serie klar geworden. Die Zahlen zeigen: Die Altersarmut wird sich wohl wie ein Virus ausbreiten, was in einer modernen Wohlstandsgesellschaft einer sozialen Bankrotterklärung gleichkäme. Und nicht nur das. Mit einer zunehmenden Armut wächst auch der Unmut im Land. Schon heute fühlen sich Teile der Bevölkerung, besonders in Ostdeutschland, so vernachlässigt und übersehen, dass sie das Vertrauen in die Politik vollends verloren haben.

Dieser Vertrauensverlust kann sich zu einer Gefahr für den sozialen Zusammenhalt ausweiten. Wenn die Zahl der armen Rentner immer weiter zunimmt, dann steht nicht nur die größte homogene Wählerschaft in Deutschland am Abgrund – dann droht auch das gesamte gesellschaftliche Gefüge ins Wanken zu geraten. Niemand wird tatenlos zusehen wollen, wenn die eigenen Eltern mit der Rente in die Armut stürzen. Niemand wird erleben wollen, dass der eigene Wohlstand ein Haltbarkeitsdatum hat. Deshalb müssen Lösungen gefunden werden – und zwar konsequent, schnell und nachhaltig. Was also hat sich die Politik überlegt, um die sozialen Probleme in Deutschland zu beheben?

SICHERE RENTEN

Die zentrale Herausforderung ist dabei das in ein zunehmendes Ungleichgewicht geratene Rentensystem. Die internationale Unternehmensberatung Mercer vergleicht jährlich die Rentensysteme in

39 Ländern der Welt. Deutschland steht hier derzeit auf dem elften Platz. Ganz ordentlich, sollte man meinen. Doch in der Kategorie „Nachhaltigkeit“ schneidet die deutsche Rente mit 44,1 von 100 Punkten deutlich unter dem Durchschnitt ab. Mit anderen Worten: Sie ist nicht zukunftssicher. Hier bestehe „Nachholbedarf“, urteilte deshalb auch Mercers Deutschland-Chef Norman Dreger. Wie kann das gelingen?

Die SPD will das duale System aus Angestelltenrenten und Beamtenpensionen aufgeben und stattdessen eine Art Bürgerversicherung

für alle einführen, in die neben Arbeitern und Angestellten auch Selbstständige, Freiberufler, Politiker und Beamte einzahlen. „Eine Erwerbstätigenversicherung würde für einige Jahrzehnte die finanziellen Herausforderungen abfedern, die dadurch entstehen, dass die Babyboomer-Jahrgänge jetzt allmählich in die Rente gehen“, sagte der rentenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ralf Kapschack, dem Nordkurier. Auch Linke und Grüne fordern die Aufgabe des dualen Systems, das von vielen Bürgern als Zweiklassengesellschaft im Al-

ter empfunden wird. Nicht ganz zu Unrecht: Nach Zahlen der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken liegen 56,2 Prozent aller Renten unter 1000 Euro im Monat – doch 65,2 Prozent aller Pensionen über 2000 Euro monatlich. Ein eklatantes Missverhältnis. Die Frage aber ist: Wie lange würde eine Zusammenlegung der Systeme stabilisierend wirken? Denn im Jahr 2020 gab es nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes 33,32 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und 21,1 Millionen Bezieher einer gesetzlichen Rente, aber nur jeweils 1,7 Millionen

Beamte und Pensionäre. Das bedeutet: Die Bürgerversicherung für alle kann nur eine flankierende Maßnahme sein, um das Rentensystem zu retten. Zusätzliche Ideen sind also vonnöten. Um Altersarmut zu verhindern, wollen die Grünen im Bundestag das Rentenniveau stabilisieren und eine „armutsfeste Garantierente“ einführen. Dafür setzen sie auf ein Paket an Maßnahmen: Arbeitgeber sollen bei Geringverdienern die Rentenbeiträge aufstocken. Die Arbeitswelt solle flexibler und gesünder gestaltet werden, so dass mehr Menschen freiwillig länger arbeiten. Ein modernes Einwanderungsgesetz soll die Zahl der Arbeitnehmer, und damit die Zahl der Beitragszahler, auf einem hohen Niveau halten. Und der Rest solle aus Steuergeldern finanziert werden, teilte die Bundestagsfraktion der Grünen dem Nordkurier mit.

GESETZLICHE AKTIENRENTE?

All diese Vorschläge lassen einen Bereich aber unberührt: die sogenannte „Umlagenfinanzierung“ der deutschen Rente. Bedeutet: In ihrer derzeitigen Form trägt die jetzige Generation von Arbeitnehmern die jetzige Generation von Rentnern. Doch genau hier liegt das Problem des demografischen Wandels: Wenn die Zahl der Rentner und die Zahl der Einzahlender in ein Missverhältnis rücken, sind die Renten nicht mehr finanzierbar und das System bricht zusammen. Löcher werden vorübergehend gestopft, indem Geld unverteilt wird. Doch die demografische Entwicklung lässt sich nicht zurückdrehen. Das Rentensystem droht, zu einem Fass ohne Boden zu wer-

Schweden: Aktien für alle



Schweden hat als eines der ersten Länder Europas eine gesetzliche Aktienrente eingeführt. Vom Bruttogehalt fließen 16 Prozent in die **Staatsrente** und 2,5 Prozent verpflichtend in einen **Aktienfonds** - hier kann man zwischen verschiedenen Fonds, einschließlich eines staatlich aufgelegten Fonds, wählen. Zusätzlich gibt es eine vom Staat geförderte **Betriebsrente** und **private Vorsorge**, abgesichert ist das System mit einer Art **Grundrente**, die jedem Bürger in Schweden zusteht. Der schwedische Staatsfonds AP7 ist seit 2020 der größte Fonds Europas und gehört gleichzeitig zu den kostengünstigsten überhaupt. Die Ratingagentur Morningstar zählt ihn zu den besten Fonds der Welt.

Niederlande: Cappuccino für alle



Die Niederländer bezeichnen ihre Rente als „Cappuccino“, weil sie sich aus mehreren Teilen zusammensetzt. Der Kaffee ist die **staatliche Grundrente**, die bei rund 1100 Euro brutto liegt, wenn man 50 Jahre in den Niederlanden gelebt hat. Der Milchschaum ist die **betriebliche Altersvorsorge**, die bei unseren westlichen Nachbarn verpflichtend ist. Der Arbeitgeber zahlt mindestens 50 Prozent und das Geld wird am Kapitalmarkt angelegt. Die staatlich geförderte **private Altersvorsorge** bildet die Schokoraseln. Das niederländische Rentensystem gilt als das beste der Welt. Durchschnittlich erhalten Rentner mehr als ihr letztes Nettogehalt, das Rentenniveau liegt also bei über 100 Prozent.

Österreich: Altersgehalt für alle



Österreich gilt in Europa als Paradies für Senioren. Die Alpenrepublik hat eine **einheitliche Rentenversicherung für alle** - auch Staatsbedienstete, Politiker oder Selbstständige zahlen ins staatliche Rentensystem ein. Zudem zahlen Arbeitgeber 2,3 Prozent mehr als Arbeitnehmer, insgesamt sind die Rentenbeiträge mit 22,8 Prozent höher als in Deutschland (18,6 Prozent). Österreichische Rentner bekommen ein **Urlaubs- und ein Weihnachtsgeld** in voller Höhe, die Durchschnittsrente beträgt **2114 Euro brutto**. In Deutschland bekommt selbst ein Standardrentner nach 45 Arbeitsjahren nur 1418 Euro brutto. Das Rentenniveau liegt bei 80 Prozent (Deutschland: rund 48 Prozent). cko

den. Ein vorsichtiges Herantasten an eine Kapitaldeckung ist aus der Union zu vernehmen. CDU und CSU wollen zunächst „längeres Arbeiten stärker anreizen und einen höheren Zuschlag beim Arbeiten nach Erreichen der Regelaltersgrenze ermöglichen“, sagte Peter Weiß, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem Nordkurier. Zudem solle aber auch die Betriebsrente stärker in den Fokus rücken und ein „Sozialpartnermodell“ errichtet werden: Hierbei vereinbaren Unternehmen und Gewerkschaften eine Zielrente für den Arbeitnehmer, die dann über den Kapitalmarkt erwirtschaftet werden soll.

Die FDP hat diese Idee zu einem Vorschlag für eine grundlegende Reform ausgearbeitet. Die Liberalen fordern ein in Teilen kapitalgedecktes Rentensystem, wie es zum Beispiel in Schweden eingeführt wurde. In diesem umgangssprachlich als „Aktienrente“ bezeichneten Modell zahlt ein Arbeitnehmer einen Teil seiner Beiträge nicht direkt in die Rentenversicherung, sondern in einen Aktienfonds, der über die Jahrzehnte statistisch betrachtet deutliche Gewinne einfahren wird. Dadurch könnten auch Geringverdienere am „wirtschaftlichen Erfolg globaler Unternehmen teilhaben und Eigentum für die Altersvorsorge erwerben, ohne höhere Beiträge zahlen zu müssen“, so der rentenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Johannes Vogel.

Um die notwendige Sicherheit zu gewährleisten, wäre die individuelle Zusammensetzung des Fonds an das Alter und die Lebensumstände des Beitragszahlers angepasst. Das Rentenniveau könnte, so die Idee, durch Wertzuwächse stabilisiert oder gar angehoben werden, Lächer müssten nicht mehr durch Steuer-gelder oder Beitragserhöhungen für die derzeitige Arbeitnehmer-Generation gestopft werden. „Um die Rente enkelfit zu machen, brauchen wir neues Denken“, sagte Vogel dem Nordkurier. Das schwedische Rentensystem schneidet im Mercer-Ranking auf Platz 5 ab und erzielt mit 72 von 100 Punkten einen der höchsten Nachhaltigkeitswerte weltweit.

Eine solche Reform hin zu einem kapitalgedeckten Rentensystem würde Zeit kosten und eine fundamentale Veränderung unserer gesellschaftlichen Organisation bedeuten. Und sie ginge aufgrund der Abhängigkeit von den Kapitalmärkten mit einem höheren Risiko einher – aber auch mit höheren Chancen. Gut ausgearbeitet könnte die Aktienrente langfristig eine der wenigen Möglichkeiten überhaupt sein, das kollabierende Konstrukt „gesetzliche Rente“ auf ein sicheres Fundament zu stellen, da sich die benötigten Mittel zur Rentensicherung sozusagen organisch vermehren. Umverteilungen hingegen bedienen sich aus vorhandenem Kapital – es fehlt dann allerdings an anderer Stelle, was wiederum neue Probleme verursacht.

Wo das Geld weggenommen werden soll, ist letztlich eine Frage der politischen Ideologie: Linksliberale wollen es eher dem Wirtschaftskreislauf entziehen, Konservative eher dem Sozialsystem. In einem Punkt aber sind sich alle Parteien einig: Es braucht gute Löhne, um die Gefahr der Altersarmut abzuwenden.

GUTE LÖHNE

Der Niedriglohnsektor hat sich vor allem in den neuen Länder verbreitet. Ein Drittel aller Ostdeutschen arbeitet für ein Gehalt unter rund 1800 Euro brutto – hier ist eine pandemische Altersarmut vorprogrammiert. Um das Ruder herumzureißen, will die Linke den Mindestlohn auf 13 Euro pro Stunde anheben. Der Mindestlohn sei ohnehin erst notwendig geworden, weil „die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt durch die Regierung Schröder einen Niedriglohnsektor



Peter Weiß (CDU)

FOTO: BRITTA PEDERSEN



Susanne Ferschl (Die Linke)

FOTO: UWE STEINERT



Johannes Vogel (FDP)

FOTO: ROLF VENNERBERND



Ralf Kapschack (SPD)

FOTO: HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

geschaffen hat, innerhalb dessen die dort Beschäftigten von ihrer Arbeit nicht mehr leben konnten“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linken, Susanne Ferschl, dem Nordkurier.

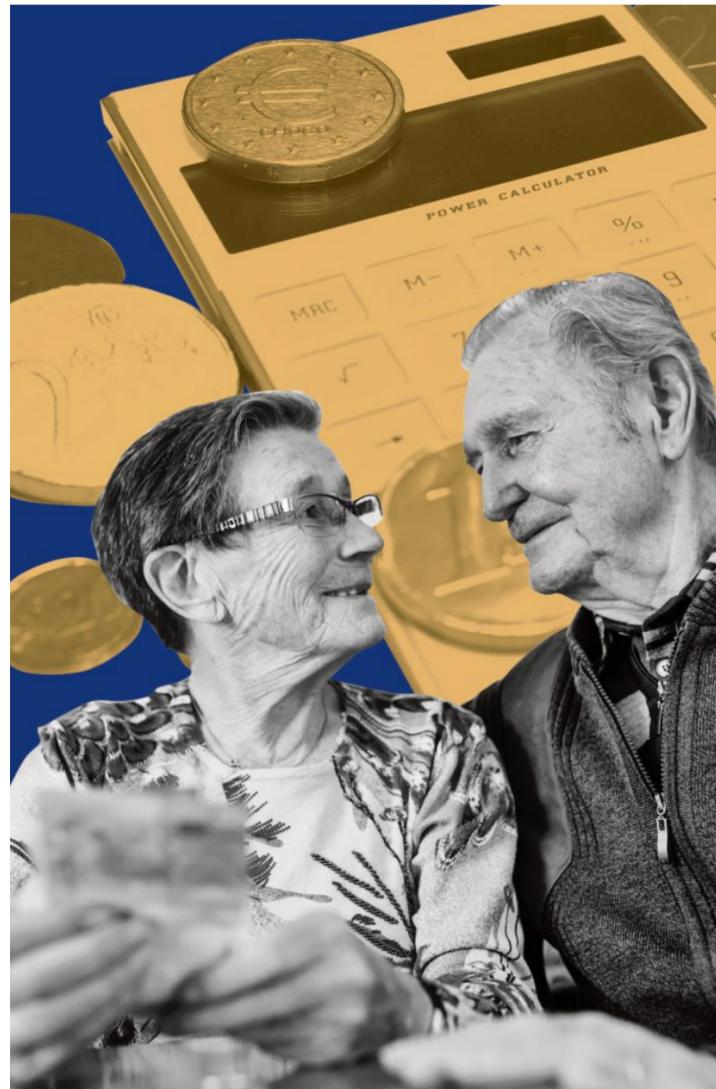
Darüber hinaus fordert die Linke ein Bündel an Maßnahmen, um Arbeit sicherer und lohnender zu machen, zum Beispiel die Stärkung von Tarifbindung und betrieblicher Mitbestimmung, die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, ein Verbot der sachgrundlosen Befristung und die Gleichstellung von Minijobs und sozialversicherungspflichtiger Arbeit. Dieser letzte Punkt würde bedeuten, dass auch Personen mit Nebenjobs in die Rentenkasse einzahlen und Ansprüche erwerben. SPD und Grüne setzen ebenfalls auf eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und mehr Tarifbindung, beide fordern zudem eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde. Die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeitnehmer würde nach diesen Konzepten vor allem zulasten der Wirtschaft und der Unternehmen gehen.

Auch die AfD will eine stärkere Tarifbindung und höhere Löhne erreichen, schlägt hier aber einen ganz anderen Weg vor. Lohndumping solle durch eine Beschränkung der Zuwanderung generell und insbesondere durch die Aufgabe der EU-Freizügigkeit – also die Bewegungsfreiheit innerhalb Europas – reduziert werden. Gleichzeitig solle

die Steuer- und Sozialabgabenlast gesenkt werden. Darüber hinaus fordert die AfD ein bedingungsloses Grundeinkommen nur für Deutsche. Dieses Konzept wurde vom Brandenburger Bundestagsabgeordneten Rene Springer entworfen und sieht vor, dass jeder deutsche Staatsbürger von Geburt an 500 Euro monatlich erhält. Ausländer sollen berechtigt sein, wenn sie mindestens zehn Jahre sozialversicherungspflichtig in Deutschland gearbeitet hätten.

Allerdings sind diese Positionen in vielerlei Hinsicht problematisch: Neben verfassungsrechtlichen Bedenken beim Staatsbürgergeld und einer fast irrational anmutenden Leugnung des Fachkräftemangels, der insbesondere in Ostdeutschland für einige Unternehmen bereits zu einem existenziellen Problem wird, steht die Frage der Finanzierung ins Haus. Denn jede dieser Forderungen kostet Geld, keine bringt etwas ein, womit das Problem des kollabierenden Rentensystems noch verschärft würde. Das Sozialkonzept der AfD, ohnehin seit Jahren die Achillesferse der Partei, erscheint daher wie ein Patchwork-Kompromiss zwischen Wirtschaftsliberalen und Rechtsnationalen im parteiinternen Richtungsstreit, nicht wie ein gesellschaftlicher Problemlösungsansatz.

Für CDU und FDP wiederum stehen Bildung und damit die Durchlässigkeit der Erwerbsbeteiligung im Vordergrund: Es müssten alle Möglichkeiten ausgelotet werden,



um Menschen in Arbeitslosigkeit oder Niedriglohnjobs zu gut bezahlter Arbeit zu verhelfen. Neben Bildungs- und Weiterbildungsangeboten schlagen hier die Liberalen ein „Midlife-Bafög“ vor, das Menschen in mittleren Lebensabschnitten die Möglichkeit eröffnen soll, sich nach eigenen Vorlieben und Fähigkeiten weiterzubilden. Eine solche Möglichkeit könnte sich im Idealfall selbst finanzieren – wenn sie denn in höheren Einkommen resultiert.

GERECHTE VERTEILUNG

All dies lässt noch einen Punkt außer Acht: die wachsende Ungleichheit in der Vermögensverteilung im Land. Mittlerweile gehört Deutschland zu den 20 Ländern mit der ungerechtesten Vermögensverteilung weltweit. Plakatativ gesprochen gibt es zwei Möglichkeiten, um Vermögen gleichmäßiger zu verteilen: Arme reicher machen oder Reiche ärmer machen. Obwohl die Realität komplex ist, sind die Fronten im Prinzip klar: Die konservativen Parteien bevorzugen die erste Möglichkeit, die linksliberalen Parteien die letztere. So sind sich SPD, Grüne und Linke einig, dass die 1995 vom Bundesverfassungsgericht gekippte Vermögenssteuer reaktiviert werden solle. Die Grünen wollen sie auf Länderebene umsetzen, um wachsende Bildungsaufgaben zu finanzieren. Die SPD hat bereits ein konkretes Konzept, fordert eine Reform der Erbschafts-

steuer und eine Besteuerung von einem Prozent für sehr hohe Vermögen – so sollen vor allem Milliardäre, Familienstiftungen und vermögende Unternehmenserben zur Kasse gebeten werden. Mit dem freien Geld könnten kleine und mittlere Einkommen entlastet werden.

Die Linke spricht sich ebenfalls für eine Reform der Erbschaftssteuer und einer Reaktivierung der Vermögenssteuer aus. Zudem solle die Abgeltungssteuer abgeschafft werden. Kapitalerträge wie Dividendenzahlungen würden dann nicht mehr pauschal mit 25 Prozent, sondern nach dem individuellen Einkommenssteuersatz besteuert. Bei Spitzenverdienern wären das bis zu 45 Prozent. Zudem sollen die Lasten aus der Corona-Krise durch eine einmalige Vermögensabgabe finanziert werden. Diese solle bei zwei Millionen Euro greifen, zwischen 10 und 30 Prozent betragen und über 20 Jahre abzuzahlen sein.

Für die FDP wiederum ist die „Lösung, ein Volk von Eigentümern zu schaffen“. Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen sollten weniger Steuern zahlen, damit sie genug Geld haben, das wieder in Sachwerte wie Immobilien oder Aktien gesteckt werden könne. Zudem sollten steuerliche Freibeträge Anreize schaffen, die Aktienkultur in allen Gesellschaftsschichten zu beleben. Dies sei dringend nötig, um die Vermögensungleichheit zu bekämpfen.

FAZIT

Armes, reiches Deutschland

Die Zahlen zeigen schonungslos: Das Wohlstandsversprechen gilt nicht mehr für alle. Wie geht es weiter?

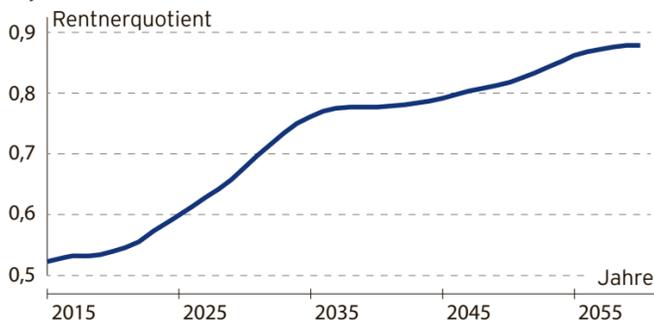
- Teil 1 Gute Arbeit, fairer Lohn?
- Teil 2 Pandemie der Altersarmut
- Teil 3 Armes Volk im reichen Land
- Teil 4 **Rezepte verzweifelt gesucht**
- Teil 5 Profi-Tipps für den Sparer
- Teil 6 Für mich ist jeder Tag Zahltag
- Teil 7 Ende des Kapitalismus?
- Teil 8 Von Neidern und Angsthasen

Was denken Sie über diese Entwicklungen? Schreiben Sie dem Autor unter c.korfmacher@nordkurier.de



So viele Rentner gibt es bald pro Beitragszahler

Im Jahr 2015 gab es 0,55 Rentner pro Beitragszahler, im Jahr werden es deutlich über 0,85 sein. Dabei müssen schon heute Steuergelder (2019 waren es 90 Milliarden Euro) zugeschossen werden, um das Rentenniveau zu halten.



QUELLE: Rentenversicherungsbericht 2015, IWH (ab 2030 auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes) NK-GRAFIK



FOTO: PRIVAT © BLJEBAY2014 - STOCK.ADOBE.COM, COLLAGE: J. RIEBAU

Vorfreude auf den Börsen-Crash?

Seit vielen Jahren teilt der Börsenexperte Lars Erichsen sein Wissen rund um die Geldanlage. Hunderttausende Anhänger verfolgen seine Videos und Podcasts in den sozialen Medien. Im Gespräch mit Nordkurier-Reporter Carsten Korfmacher verrät Erichsen, warum Anleger ihr Geld lieber nicht auf dem Sparbuch lassen sollten - und was sie stattdessen damit machen können.

Wie kamen Sie dazu, Ihr Wissen als Börsenexperte an Privatanleger weiterzugeben?

Das hat sich eher zufällig ergeben. Ich habe 15 Jahre als Trader gearbeitet, war also tagtäglich damit beschäftigt, Aktien zu kaufen und zu verkaufen. Dann haben mich immer mehr Freunde und Bekannte nach Tipps zur Geldanlage gefragt. In meinen jungen Jahren habe ich mich offen gesagt überhaupt nicht damit beschäftigt, das Traden war für mich eine spielerische Art, schnell Geld zu verdienen und später meine Familie zu ernähren. Im Laufe der Zeit wurde für mich das Thema Geldanlage dann immer wichtiger - und damit auch der gesellschaftliche Auftrag, darüber zu informieren.

Wie meinen Sie das?

Wir haben ein reformbedürftiges Rentensystem, das in einer Zeit des Wirtschaftswunders erschaffen wurde. Das Solidaritätsprinzip funktionierte damals noch. Doch es ist seit Jahrzehnten absehbar, dass das aufgrund des demografischen Wandels keine Zukunft hat. Es ärgert mich maßlos, dass darauf nicht reagiert wird. Im Gegenteil: Die Politik erschwert die finanzielle Eigeninitiative zum Beispiel in Form einer Aktienanlage auch noch, unter anderem durch Steuererhöhungen oder die Abschaffung von Haltefristen. Aber die Rentenvorsorge ist nicht nur ein politisches Problem, sondern liegt auch in der Verantwortung eines jeden Einzelnen.

Sicherlich würden viele Leute gerne Verantwortung übernehmen. Doch wie kann ich mir sicher sein, dass meine Altersvorsorge in Aktien in 20 oder 40 Jahren noch etwas wert ist?

Das ist richtig, es gibt an der Börse kurzfristige Schwankungen. Das ertragen viele Leute nicht. Aber die Betonung liegt hier auf kurzfristig. Wenn wir Deutschen generell mehr Wissen über Geldanlagen hätten, hätten wir auch mehr Vertrauen in Aktien. Wir sind das Land der Dichter, Denker und Ingenieure. Wir denken über alles nach! Oft aber nicht über die Geldanlage. Daher

spart kein anderes Volk der Welt so viel wie die Deutschen, obwohl das Geld auf dem Sparbuch über die Jahre durch die Inflation an Kaufkraft verliert - und zwar ganz massiv.

Wie soll ich Vertrauen in die Börse haben, wenn Aktien an einem Tag 50 Prozent oder mehr verlieren können? Oder Firmen ganz pleite gehen? Dann wäre mein Geld komplett weg.

Sie gehen jetzt davon aus, dass man sein Vermögen in ein einziges Unternehmen investiert. Das aber hat nichts mit Aktienanlage zu tun, denn in diesem Fall sprechen wir von einer extremen Spekulation. Das würde ich niemandem raten, der langfristig Vermögen aufbauen oder für die Rente vorsorgen will. Ein Anleger sollte breit streuen und am besten in die ganze Weltwirtschaft investieren. Dass die globale Wirtschaft als Ganzes dauerhaft am Boden liegt, ist extrem unwahrscheinlich. Und selbst in Krisen gibt es Profiteure, wie man derzeit sehr gut sehen kann.

Börsenexperte Lars Erichsen

Lars Erichsen ist seit 1995 an der Börse aktiv und gibt seit rund 10 Jahren sein Wissen in Form von Börsenbriefen und Reports an eine stetig wachsende Geldanleger-Gemeinde weiter. Seine Podcasts und Youtube-Kanäle gehören zu den erfolgreichsten im Bereich Finanzen im deutschsprachigen Raum. Erichsen ist glücklich verheiratet und lebt mit seiner Familie in Schleswig-Holstein. Nordkurier-Leser können sich seine Broschüre „Erfolgreich Geld anlegen (in der Mini-Zins-Phase)“ kostenlos auf seiner Website unter www.lars-erichsen.de herunterladen.



Muss ich nicht enorm viel Wissen haben, um das beurteilen zu können? Und vor allem: Um teure Fehler zu vermeiden?

Heutzutage ist es recht leicht, an der Börse zu investieren, ohne sich in der Tiefe damit zu beschäftigen. Vielleicht sollte man auch das Wort „Aktie“ mit „Unternehmensanteil“ ersetzen. Als Aktionär besitze ich ja einen Teil einer Firma. Gehen Sie doch mal in die Küche und sehen sich die Produkte an, die Sie dort im Schrank haben. Die werden überwiegend von Unternehmen produziert, die an der Börse notiert sind. Wir sprechen von Dingen des täglichen Bedarfs, die immer gebraucht werden. Und dann muss man sich eine ganz grundsätzliche Frage stellen: Glaube ich der Statistik? Langfristig haben sich Aktien nämlich immer positiv entwickelt, die historische Durchschnittsrendite des Gesamtmarktes liegt jährlich bei etwa 7 Prozent - über alle Wirtschaftskrisen und Kriege hinweg. Wenn ich dieses Vertrauen habe, dann mache ich auch keine großen Fehler - wie zum Beispiel zu verkaufen, wenn die Kurse im Keller sind. Die meisten Privatanleger stehen sich selbst im Weg, weil sie sich von ihrem Bauchgefühl leiten lassen.

Wie genau mache ich das - in die Weltwirtschaft investieren?

Da ich häufig darauf angesprochen werde, habe ich dazu eine Kurzanleitung geschrieben, die man sich kostenlos herunterladen kann (Anm. d. Red.: Link im Infokasten). Die wichtigsten Schritte sind: Erstens, Sie sollten sich mit der Anlage in ETFs (exchange-traded fund: börsenhandelter Fonds) beschäftigen. ETFs sind sozusagen Körbe von Aktien, die einen Index abbilden. Den DAX, die Industriestaaten, die Schwellenländer und so weiter. Die sind breit gestreut und deshalb sicherer als Einzelaktien. Wenn ich einen ETF auswähle, der die globale Wirtschaft abbildet, investiere ich in tausende Unternehmen aus vielen Ländern weltweit. Wenn da einige von pleite gehen, merkt man das am Kurs kaum. Zwei-

tens: Suchen Sie sich einen günstigen Broker aus. Da muss man sich auch ein bisschen mit beschäftigen, damit man am Ende nicht zu hohe laufende Kosten hat, die die Rendite auffressen. Und drittens: Investieren Sie monatlich einen Betrag, von dem Sie wissen, dass Sie auf ihn verzichten können, zum Beispiel 10 Prozent des Nettoeinkommens. Man kann seine anfängliche Unsicherheit kontrollieren, indem man mit kleinen Summen beginnt und sich erst mal an das Auf und Ab der Börse gewöhnt.

Und wenn die Aktien fallen, nachdem ich sie gekauft habe?

Da Sie monatlich investieren, kaufen Sie in diesem Fall zu günstigeren Kursen ein. Das bedeutet: Wenn die Kurse wieder steigen, wächst Ihr bereits angespartes Vermögen prozentual gesehen stärker. Über die Jahre ergibt sich so ein Durchschnittskurs. Anleger sollten sich sogar auf einen Börsencrash freuen, denn da bietet sich die Möglichkeit, sehr günstig nachzukaufen. Wenn der Crash vorbei ist und die Kurse sich wieder stabilisiert haben, hat das eigene Vermögen einen gehörigen Satz nach vorne gemacht. Der Durchschnittskurseffekt ist zwar keine eigene Strategie, aber er sorgt dafür, dass man dabeibleibt - das ist das Wichtigste.

Armes, reiches Deutschland

Die Zahlen zeigen schonungslos: Das Wohlstandsversprechen gilt nicht mehr für alle. Wie geht es weiter?

- | | |
|--------|--------------------------------|
| Teil 1 | Gute Arbeit, fairer Lohn? |
| Teil 2 | Pandemie der Altersarmut |
| Teil 3 | Armes Volk im reichen Land |
| Teil 4 | Was die Politik tun will |
| Teil 5 | Profi-Tipps für den Sparer |
| Teil 6 | Für mich ist jeder Tag Zahltag |
| Teil 7 | Ende des Kapitalismus? |
| Teil 8 | Von Neidern und Angsthasen |

Was denken Sie über diese Entwicklungen? Schreiben Sie dem Autor unter c.korfmacher@nordkurier.de

Auf diesem Weg werden ja auch die Reichen immer reicher. Könnte man deren Vermögen nicht einfach höher besteuern, um zukünftige Renten zu sichern?

Um das ganze System zu stabilisieren, muss man sicherlich über eine gerechtere Verteilung nachdenken, gerade mit Blick auf den exponentiellen Vermögenszuwachs der Super-Reichen. Die würden übrigens aus meiner Sicht mit Freude in einen Zukunfts-Fonds einzahlen - wenn es so etwas gäbe! Und ich halte es auch für absolut vertretbar, wenn die Leute, die tagtäglich ihr Geld mit Börsenhandel verdienen, da über die Einkommenssteuer zur Kasse gebeten werden. Doch das muss man klar von der langfristigen Geldanlage trennen. Warum werden ETF-Anlagen nach einer längeren Haltefrist nicht von der Steuer befreit? Warum hebt man nicht den Freibetrag für Kapitalerträge, so dass Kleinanleger ihre Dividendenzahlungen unversteuert in ihre Rentenvorsorge reinvestieren können? Und warum wird sogar eine Vorabsteuerpauschale auf ETFs erhoben? Da zahlt man selbst als Kleinanleger mit 100 Euro Depotwert Steuern auf Gewinne, die man noch nicht einmal realisiert hat. Hier wirft die Politik jedem, der sich vernünftig verhält und später nicht auf den Staat angewiesen sein will, Knüppel zwischen die Beine.

Wie lässt sich das Problem der Altersvorsorge Ihrer Meinung nach langfristig lösen?

Das geht nur mit finanzieller Bildung, die im Idealfall bereits bei Jugendlichen beginnen sollte. Deswegen halte ich es auch für ungeheuer wichtig, finanzielle Bildung auch in den Stundenplan in den Schulen mit aufzunehmen, vielleicht in Form von Projektwochen oder ähnlichem. Da ist mit wenig Aufwand echt viel Wissen zu vermitteln. Wenn jemand früh beginnt, sein Leben lang immer nur 10 Prozent seines Nettoeinkommens zu investieren - dann geht diese Person als finanziell sehr glücklicher Mensch in Rente.



FOTO: EMMA DAS FOTO STUDIO © MAKSYM PHILIP STEURY - STOCKADOBEE.COM

„Für mich ist jeder Tag ein Zahltag“

Der Brandenburger Nils Gajowiy hat schon früh erkannt, dass er mit einem Monatsgehalt im Zeitalter fallender Zinsen nicht reich wird. Also hat er eine Strategie entwickelt: Gezielte Aktienkäufe, die ihm Dividenden-Einnahmen bringen - und zwar am besten täglich. Dem Nordkurier berichtet der ehemals überzeugte Sozialist, wie er sich mit einfachen Mitteln auf den Weg zur ersten Million machte.

Von Carsten Korfmacher

HOHEN NEUENDORF. „Es scheint, als habe ich mich vom Turbo-Sozialisten zum Turbo-Kapitalisten entwickelt.“ Nils Gajowiy schmunzelt. Er spricht ruhig und bedacht, jedes seiner Worte scheint sich seines Platzes sicher zu sein, noch bevor es überhaupt den Weg in einen jener Sätze gefunden hat, mit denen er die Entwicklung seines Lebens beschreibt. Der ruhige Klang seiner Stimme und die brandenburgische Trockenheit im Humor lassen kaum erahnen, dass das Erzählte eine historische Strahlkraft hat. Denn das Leben des heute 56-Jährigen bildet die Grundzüge ostdeutscher Geschichte ab. Es ist exemplarisch und selten zugleich, da Gajowiy die Extreme jener politischen Systeme verkörpert, in denen er sein Leben verbrachte.

Nils Gajowiy wurde 1964 in Brandenburg an der Havel geboren. Er war ein Musterschüler, früh Parteimitglied, für eine Karriere im diplomatischen Dienst der DDR vorgesehen. Nach 18 Monaten Grundwehrdienst bei den Grenztruppen folgte ein Studium am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen, einer weltweit als politische Kadenschmiede des Sozialismus bekannten russischen Eliteuniversität. „Ich war total überzeugt, ich fand den Sozialismus richtig gut“, sagt Gajowiy. Er sollte Hindi lernen und nach dem Studium Diplomat in Indien werden. Ein schönes, spannendes Leben stand ihm bevor.

Doch dann kam das Jahr 1989. Gajowiy verfolgte den Zusammenbruch der DDR in Moskau. „Selbst im Herbst 89 habe ich noch nicht richtig verstanden, was da passierte“, sagt Gajowiy. Als die Grenzen aufgingen, habe ein Genosse ihm die Augen geöffnet, als er sagte: „An den Schaufenstern des KaDeWe stirbt der Sozialismus“. Und mit ihm starben auch die Pläne und Träume, die Gajowiy für sein Leben hatte. Das

DDR-Außenministerium, das später einmal sein Arbeitgeber werden sollte, gab es nicht mehr. Trotzdem beendete Nils Gajowiy 1991 sein Studium, denn aufgeben wollte er nicht. „Ich war weiterhin Systemstütze, ich wollte mich nützlich machen.“ Noch während des Studiums arbeitete er in einem Kinderheim mit Vorschulkindern, deren Eltern in den Westen abgehauen waren. Anschließend kehrte er in ein Land zurück, das mit der Heimat, die er ein paar Jahre zuvor verließ, nicht mehr viel zu tun hatte. Da sein Studienabschluss in dieser neuen Welt nicht anerkannt wurde, orientierte er sich um.

Das Geheimnis des finanziellen Erfolges: der Zinseszinsseffekt

Gajowiy absolvierte ein journalistisches Volontariat und arbeitete sich zum Chefredakteur einer Lokalzeitung hoch. 1998 zog es ihn erneut nach Russland, drei Jahre lang verantwortete er für einen Essener Telefonbuchverlag die „Gelben Seiten Moskau“. Doch der Verlag verkaufte das Geschäft. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland arbeitete er noch zwei Jahre als Niederlassungsleiter für seinen Arbeitgeber, bis dieser ihm 2003 im Zuge von Kosteneinsparungen kündigte. Gajowiy ohnehin schon turbulentes Leben nahm nun eine erneute Wendung: Er wurde bei vollen Bezügen ein halbes Jahr lang freigestellt - und nutzte diese fantastische Voraussetzungen für einen Neuanfang.

Nach dem wilden, unstillen Leben der Vorjahre wollte Gajowiy - inzwischen Vater von zwei Töchtern - etwas Neues ausprobieren, sich etwas Eigenes aufbauen. In Berlin stieß er auf ein Börsenbuch, das ihn in eine neue Welt einführte. Es folgte ein Schnellkurs, der ihn zum aktiven Börsenhändler ausbildete. Doch Gajowiy merkte schnell, dass er langfristiger agieren wollte. „Wir haben in der DDR ja gelernt, wie Kapitalismus funktioniert, und prin-

zipiell funktioniert er ja auch so“, sagt der gebürtige Brandenburger rückblickend. Also habe er sich die Frage gestellt, was Reiche denn tun, um reich zu werden und zu bleiben. Und so reifte langsam die Idee einer Dividendenstrategie heran: „Ich stelle mir die Weltwirtschaft als Kuchen vor und davon besitze ich einen winzigen Krümel. Und da der Kuchen jedes Jahr um zehn Prozent wächst, wächst auch mein Krümel, ohne dass ich dafür viel tun muss“. Gajowiy investiert in Unternehmen, die einen Teil ihrer Gewinne als Dividenden ausschütten. Und diese investiert er in neue Unternehmen, die wiederum Dividenden ausschütten, die er wieder investiert. Und so weiter. „Als ich den Zinseszinsseffekt verstanden habe, wusste ich, was ich machen musste.“

Heute wirkt dieser Effekt wie ein finanzielles Perpetuum mobile, wie eine Spirale nach oben, die sich immer schneller dreht, je höher die bewegten Summen werden. „Durch den Zinseszinsseffekt ist das Wachstum von Einkommen und Vermögen exponentiell. Das können sich Menschen nicht vorstellen, weil unser Gehirn linear denkt.“ Mittlerweile betreut Gajowiy eine kleine Gruppe Gleichgesinnter und berät Anleger, wie sie seine Strategie am besten anwenden. Denn rein passiv ist sie nicht: Man muss die richtigen Unternehmen auswählen und ihre wirtschaftliche Situation analysieren; man muss herausfinden, ob eine Aktie gerade günstig oder überbeuert ist; und man muss in schlechten Phasen den Mut haben, weiterzuinvestieren und bei Problemen auch die Reißleine ziehen können. Auf seiner Website veröffentlicht Gajowiy die Eckdaten seines offiziellen Depots, das mittlerweile auf einen Wert von über 300.000 Euro angestiegen ist - und das in einem recht kurzen Zeitraum von etwa acht Jahren, die mit einem Startkapital von 12.000 Euro begannen. Seine Aktien bringen ihm heute Dividen-

deneinkünfte von durchschnittlich gut 1400 Euro im Monat. Und da er diese Summe gleich wieder investiert, wächst sie stetig weiter, Monat für Monat. Aus eigener Tasche investiert Gajowiy heute nichts mehr. „Ich habe anfangs natürlich jeden Monat Geld für neue Investments gespart. Mein Depot hat aber mittlerweile eine Größe erreicht, da macht es keinen Unterschied mehr, ob ich monatlich noch ein paar hundert Euro zuschieße oder nicht.“

„Machen statt meckern, handeln statt hoffen“

Und nicht nur das. In den USA ist die Geldanlage in Aktien deutlich weiter verbreitet als in Deutschland, viele Amerikaner sparen ihre gesamte Altersvorsorge an der Börse an. US-Unternehmen haben sich darauf eingestellt. Gut wirtschaftende Firmen schütten deshalb nicht nur vier Mal im Jahr eine Dividende aus, sondern steigern sie auch Jahr für Jahr um bis zu zehn Prozent. „Und welcher Arbeitnehmer kann schon von sich sagen, dass er jedes Jahr eine Gehaltserhöhung von zehn Prozent bekommt“,

fragt Gajowiy. Sein Ziel ist es, langfristig 100 solide Unternehmen zu finden, die ihre Dividenden kontinuierlich steigern. Das wären rund 400 Zahlungen im Jahr, statistisch gesehen mehr als eine pro Tag, die die Rente sichern sollen. Daraus wurde der Name „Zahltagestrategie“ geboren, die er heute an andere Anleger weitergibt. „Ich bekomme mein Gehalt eben nicht einmal im Monat“, sagt Gajowiy. „Für mich ist jeder Tag ein Zahltag.“

Vom Turbo-Sozialisten zum Turbo-Kapitalisten: Für Gajowiy war das eine lange Entwicklung, die nichts mit der Abkehr von seinen ursprünglichen Werten zu tun hat, von Menschlichkeit, Fürsorge, Solidarität und Freiheitsliebe - sondern eher mit einer Abkehr vom Glauben an ein System, das diese Werte auch tatsächlich umsetzen kann. „Ich war unmittelbar nach meinem Studium in den USA, da habe ich zum ersten Mal gemerkt, dass im Kapitalismus nicht alles schlecht ist“, sagt Gajowiy. Er arbeitete damals für drei Monate in einem Ferienlager für Kinder mit körperlichen und psychischen

Beeinträchtigungen. „Das war eine ganz tolle Erfahrung. Und es war alles komplett über Sponsoren finanziert und völlig kostenlos für die Familien“, erinnert sich Gajowiy. Statt auf den Staat zu hoffen oder zu schimpfen, so der Familienvater, hätten diese Menschen Initiative entwickelt und Eigenverantwortung übernommen.

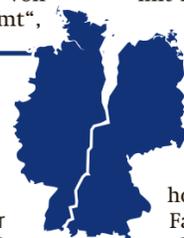
Dieses Prinzip hat Gajowiy auf den Rest seines Lebens angewandt und will sich nicht darauf verlassen, dass irgendjemandem irgendwann die Antwort auf die in Deutschland immer drängendere Frage nach einer sicheren Altersvorsorge, nach einem Ruhestand im Wohlstand, einfällt. „Meiner Meinung nach ist für die eigene Rente jeder selbst verantwortlich. Ich habe meine Antworten gefunden: Machen statt meckern. Handeln statt hoffen.“

Armes, reiches Deutschland

Die Zahlen zeigen schonungslos: Das Wohlstandsversprechen gilt nicht mehr für alle. Wie geht es weiter?

- Teil 1 Gute Arbeit, fairer Lohn?
- Teil 2 Pandemie der Altersarmut
- Teil 3 Armes Volk im reichen Land
- Teil 4 Was die Politik tun will
- Teil 5 Profi-Tipps für den Sparer
- Teil 6 Für mich ist jeder Tag Zahltag**
- Teil 7 Ende des Kapitalismus?
- Teil 8 Von Neidern und Angsthasen

Was denken Sie über diese Entwicklungen? Schreiben Sie dem Autor unter c.korfmacher@nordkurier.de





NK-COLLAGE: C. SAUERTEIG (FOTOS: © GORDEKHOFF, © DMITRY RUKHLENKO - STOCK.ADOBE.COM)

Ist der Kapitalismus am Ende?

Altersarmut, Klimakrise und eine wachsende Ungleichheit: In Anbetracht der Entwicklungen steigt das Unbehagen, das viele Bürger mit Blick auf das Wirtschaftssystem empfinden, in dem sie leben. Hat der Kapitalismus seine besten Tage bereits hinter sich? Und was kommt danach? Bei näherem Hinsehen wird klar: Eine Revolution der ganz anderen Art ist bereits in vollem Gange.

Von Carsten Korfmacher

NEUBRANDENBURG. Der Kapitalismus hat einen schlechten Ruf. Das liegt auch daran, dass er sich in den vergangenen Jahrzehnten zum Lieblingsfeind des aufgeklärten Bildungsbürgers entwickelte. Es ist chic geworden, Krieg, Hunger und Tod als notwendige Folgen eines entfesselten Raubtierkapitalismus anzuprangern und die Überwindung eines Systems zu fordern, das vorgeblich viele ausgebeutete Verlierer und nur wenige gierige Gewinner kennt. Es ist dieses rhetorische Spiel mit der Schuld, das die Debatte über den Kapitalismus so schwierig macht. Nichts ist klar, nicht einmal die Frage, was Kapitalismus überhaupt ist. Denn das, was er eigentlich ist, seine Reinform, existiert nicht, und schon gar nicht in einem Land wie Deutschland, das von einer enthemmten Marktwirtschaft ohne jegliche Regulierung so weit entfernt ist wie Nordkorea von der Demokratie.

Dabei lassen sich die Schattenseiten des weltweit dominierenden Wirtschaftssystems nicht abstreiten. Wie wir in dieser Serie sahen, nimmt selbst in Deutschland, dem Geburtsort der sozialen Marktwirtschaft, die Ungleichheit immer mehr zu. Die Altersarmut steigt, der Mittelstand schrumpft, in Ostdeutschland arbeitet ein Drittel der berufstätigen Bevölkerung für einen Lohn, der kaum zum Leben reicht. Heute ist die Ungleichheit nicht mehr im Nahen Osten, Afrika oder Asien am größten, sondern vor allem in den kapitalistischen Ländern des Westens. Die vier Länder mit der größten Ungleichheit weltweit sind die Niederlande, Russland, Schweden und die USA, Deutschland liegt auf Platz 20.

Zudem steht die Frage im Raum, ob der Kapitalismus seine Grenzen nicht längst überschritten hat. Darf es profit-orientierte Gesundheitssysteme, die Privatisierung von Wohnraum und Bildung, die Ausbeutung von Arbeitnehmern oder den Raubbau an der Umwelt zu wirtschaftlichen Zwecken überhaupt geben? Dürfen Wasser, Wälder und Böden als Waren gehandelt werden? Ist der stetige Wachstumszwang wirklich notwendig, um den Menschen

ein würdiges Leben zu ermöglichen? Darf Zerstörung, zum Beispiel in Form von Kriegen, als Form der Wirtschaftsbelebung verstanden werden? Und darf man zusehen, wenn die Träume und Hoffnungen von Hunderttausenden Kleinunternehmern sterben, während gigantische Unternehmen wie Amazon, Microsoft, Apple und Alphabet – die nach ihrer derzeitigen Marktkapitalisierung als Land die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt wären – immer weiter wachsen?

All dies sind berechtigte Fragen, die vielfach diskutiert werden, und die dazu führen, dass Wirtschaftswissenschaftler, Journalisten oder linke wie rechte Politiker immer wieder das Ende des Kapitalismus heraufbeschwören. Weniger en vogue ist es hingegen, über die Vorteile des Kapitalismus zu sprechen. Zum Beispiel ist der Kapitalismus in seiner anti-autoritären Form, wie sie im Westen praktiziert wird, ein Schutzmechanismus gegen staatliche Übergriffigkeit, die in Europa bis in den Faschismus führte.

Absolute Armut nimmt durch den Kapitalismus ab

Am wichtigsten jedoch ist, dass der Kapitalismus der größte Armutsbekämpfer in der Menschheitsgeschichte ist. In den letzten 27 Jahren ist die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, schneller zurückgegangen als jemals zuvor. Laut dem Weltarmutsbericht der Weltbank lebten im Jahr 1990 mehr als 1,9 Milliarden Menschen in absoluter Armut, nach letzten Zahlen waren es im Jahr 2017 noch 689 Millionen. Das ist ein Minus von knapp 64 Prozent, obwohl die Bevölkerung im selben Zeitraum von 5,33 auf 7,55 Milliarden Menschen, also um mehr als 41 Prozent, anstieg. Auch wenn die Corona-Pandemie die weltweite Armutsbekämpfung um Jahre zurückwirft, sind diese langfristigen Entwicklungen extrem positiv – und sie gehen vor allem auf die Tatsache zurück, dass der Kapitalismus in immer mehr ärmeren Ländern Einzug erhält. Während in westlichen Demokratien langsam der Blick dafür verloren zu gehen scheint, wo und wie Wohl-

stand überhaupt erschaffen wird, profitieren ärmere Länder von kapitalistischen Grundprinzipien. In China zum Beispiel hat sich die Zahl der Menschen in extremer Armut seit Beginn der Öffnungspolitik vor 40 Jahren von über 90 Prozent auf unter 1 Prozent reduziert. Gleichzeitig geht die Schere zwischen Arm und Reich in China weiter auseinander als in den meisten anderen Ländern auf diesem Planeten. Eine wachsende Ungleichheit geht hier also mit einer massiv schrumpfenden Armut einher. Das wirft Fragen auf: Brauchen wir wirklich eine anti-kapitalistische Alternative? Oder brauchen wir eher eine Verbesserung des Bestehenden?

Die Antwort könnte genau in den Unterschieden liegen, die sich weltweit abzeichnen. Denn global betrachtet gibt es nicht „den Kapitalismus“. Es gibt moderne Formen des autoritären Staatskapitalismus, zum Beispiel in China, Russland, Vietnam oder Indien. Es gibt die soziale Marktwirtschaft wie in Deutschland. Es gibt die liberale Marktökonomie nach amerikanischer Prägung. Und so weiter. Das zeigt: Der Kapitalismus an sich ist keine Werteordnung. In ihm können Werte realisiert werden, aber er gibt selbst keine Werte vor. Eine wahrhaftige Alternative jedoch würde, das liegt in der Natur der Sache, Werte vorgeben müssen – und wäre damit statisch und revolutionsanfällig. Zudem bestünde zumindest die Gefahr, dass sich die resultierende Staatsform immer am äußeren Rand des demokratischen Spektrums bewegt, da langfristige Projekte ansonsten nur schwierig durchsetzbar wären.

Somit ist die Kritik, die häufig in linken Kreisen geäußert wird, nämlich, dass der Kapitalismus „andere Kriterien als Rendite, Profitabilität und Akkumulations- oder Wachstumsrate nicht akzeptiert“, wie es aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung heißt, richtig – aber sie ist gleichzeitig ein Missverständnis dessen, womit wir es hier zu tun haben. Es ist so, als kritisierte man eine Gabel dafür, sie nicht als Messer benutzen zu können. Wenn dem Kapitalismus erlaubt wird, nicht bloß eine Wirtschaftsordnung, sondern eine

Werteordnung zu sein, dann kann das nur in die Katastrophe führen – doch genau das geschieht nicht. Und es ist schlicht hanebüchen, im Land mit der weltweit höchsten Vermögensumverteilung überhaupt von einem ungebremsten Raubtierkapitalismus zu sprechen. Gesellschaften lenken den Kapitalismus anhand von Werten, die ihnen wichtig sind: Gerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Freiheit, Solidarität, persönliche Weiterentwicklung und die Möglichkeit, das Leben frei und kreativ zu gestalten. Und im Idealfall finden sie – auch wenn das nicht immer perfekt funktioniert – die richtige Balance zwischen einer klaren Wertepositionierung und einer freien Entfaltung der Wirtschaft.

Die „Tröpfchen-Revolution“ hat schon lange begonnen

Und so ist es wenig verwunderlich, dass die meisten Vorschläge, die als „Alternativen zum Kapitalismus“ verkauft werden, eher Variationen des Kapitalismus sind, die in einer Gesellschaft neue Gesetze, neue Gewohnheiten und ein neues Bewusstsein für jene Werte schaffen, nach denen Bürger ihr Leben ordnen. Zwar sei sie ihnen gegönnt, die Klassenkampf-Rhetorik, mit der meist junge Menschen sich selbst ein wenig größer machen. Die Welt der Revolution ist eben wild und

aufregend, Teil davon zu sein, und sei es nur durch eine Meinung, wertet das Selbst auf. Doch die vorgeblich anti-kapitalistischen Ideen sind weder revolutionär, noch sind sie weit von unserer Praxis entfernt. Die Konzepte für eine neue Wirtschaft gibt es bereits, entwickelt von Wissenschaftlern, Politikern, Aktivisten, Staatenbunden – und ihre Umsetzung ist in vollem Gange. Sie geschieht aber nicht in einem großen Knall, sondern in Form einer Tröpfchen-Revolution, in der die Zahnräder der Apparate neu justiert werden. Sei es durch die globale Agenda 2030, in der sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im Jahr 2015 auf gemeinsame Ziele einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Weltentwicklung einigten. Sei es durch neue Formen des Konsums, in denen nicht mehr Kaufen und Verbrauchen im Vordergrund stehen, sondern das Teilen und gemeinsame Nutzen von Gütern. Sei es durch eine nachhaltigere, regenerative Energiewirtschaft, die durch politische Anreize beflügelt wird. Sei es durch immer neue Unternehmen, die durch neue Technologien und Dienstleistungen auch neue Formen des gesellschaftlichen Umgangs schaffen.

Es gibt zahlreiche Konzepte, um Armut, Klimawandel, dem Ende des Erdölzeitalters und den wiederkehrenden Finanzkrisen zu begegnen: faire Freihandelsabkommen, durch die regionale Märkte in Afrika, Asien und dem Nahen Osten gedeihen können; die Besteuerung von Unternehmen auch anhand ihres ethischen Profils; ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine radikale Reduzierung der Arbeitszeit, die die Digitalisierung der Arbeitswelt begleiten; oder eine stärkere Regulierung in für die Menschheit lebenswichtigen Branchen, die das Konkurrenzdenken verringern und die Kooperation stärken. Und so verändert sich die Welt zum Besseren, langsam, aber stetig, mit immer neuen Rückschlägen, so wie sie es schon seit Jahrtausenden tut. Denn allem revolutionären Gebaren zum Trotz: Der Big Bang war der letzte große Knall, der die Welt schlagartig besser machte.

Armes, reiches Deutschland

Die Zahlen zeigen schonungslos: Das Wohlstandsversprechen gilt nicht mehr für alle. Wie geht es weiter?

- Teil 1 Gute Arbeit, fairer Lohn?
- Teil 2 Pandemie der Altersarmut
- Teil 3 Armes Volk im reichen Land
- Teil 4 Was die Politik tun will
- Teil 5 Profi-Tipps für den Sparer
- Teil 6 Für mich ist jeder Tag Zahltag
- Teil 7 Ende des Kapitalismus?
- Teil 8 Von Neidern und Angsthasen

Was denken Sie über diese Entwicklungen? Schreiben Sie dem Autor unter c.korfmacher@nordkurier.de



Was Deutschland jetzt braucht

Das Rentensystem kollabiert, Teile der Bevölkerung verarmen und die Wettbewerbsfähigkeit nimmt ab: Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, benötigt das einstige Land der Dichter und Denker einen Kulturwandel - weil das gesamte deutsche Leben auf Mittelmäßigkeit ausgelegt ist.
Ein Meinungsbeitrag von Nordkurier-Reporter Carsten Korfmacher.

Die Probleme in Deutschland sind vielfältig, wie unsere Serie, die mit diesem Text ihr Ende findet, in den vorangegangenen sieben Teilen gezeigt hat. Sie reichen von einer abnehmenden globalen Wettbewerbsfähigkeit über steigende Armut bis hin zu den Folgen des demografischen Wandels. Unter dem Brennglas betrachtet haben diese Probleme zwei Seiten: ein schwindendes Zugehörigkeitsgefühl und ein auf Mittelmäßigkeit statt Exzellenz ausgelegtes gesellschaftliches Wertesystem.

Was bedeutet das? Die innere Substanz unserer Epoche scheint erschöpft. Mittlerweile erleben wir eine vielfache Spaltung der Gesellschaft und unterm Strich haben schlicht zu viele Menschen in Deutschland die Nase voll: Eine zunehmende Zahl armer Rentner und die gesamte untere Hälfte der arbeitenden Bevölkerung, die für weniger als 2200 Euro brutto schuften geht. Bürger, die abhängig sind von einem Renten- und Gesundheitssystem, das unter der Wucht eines demografischen Tsunamis kollabiert. Eine schrumpfende Mittelklasse, die immer weniger bereit ist, sich von der Politik in „Spitzenverdiener“ umdefinieren zu lassen, damit sie dann – trotz der bereits höchsten Abgabenlast weltweit – noch weiter geschöpft werden kann. Eine wissenschaftliche und wirtschaftliche Elite, die sich in einer immer enthemmteren öffentlichen Debatte von rechten und linken Populisten dämonisieren lassen muss.

Und mittendrin die ganz normale Durchschnittsfamilie, die sich zwischen dem Urlaub und der Reparatur des kaputten Autos entscheiden muss, weil es für beides schlicht nicht reicht – und die dann einfach nicht verstehen kann, warum die Analyse gesellschaftlicher Probleme heute nicht über sexuelle Identitäten und Gendersternchen hinauszu-gehen scheint.

All diese Menschen haben nichts gemein außer der Tatsache, dass sie sich in ihrer Unzufriedenheit immer weniger der Solidargemeinschaft zugehörig fühlen. Und diese wachsende Entfremdung, dieses tiefe Unbehagen in großen Teilen der Bevölkerung, ist das Problem unserer Zeit.

Lösen lässt sich dieses Problem nur durch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Und dafür benötigen wir eine öffentliche Debatte, in der konstruktiv um jene Werte gerungen wird, die einer Gesellschaft ihre innere Kraft geben. Diametral entgegen steht dem ein kleingeistiges, ideologisches Klienteldenken voller Abwertung, das von Politikern, Medien und Bürgern gleichermaßen verbreitet wird und das Debatten nahezu unerträglich macht. Schuld sind immer die anderen. „Ausbeuterische Kapitalisten“ für Linke, das „invasive Fremde“ für Konservative, „faulenzende Underperformer“ für Liberale, „gewissenlose Umweltsäue“ für Grüne.

Mangelnde Ehrlichkeit

Dieses von Feindbildern geprägte Denken führt dazu, dass sich Politiker wie Bürger in Endlosschleifen an schwachsinnigen Thesen abarbeiten, die nichts mehr mit Wahrheit oder Gemeinschaftssinn zu tun haben, sondern nur noch mit dem Bedienen von Vorurteilen, die in der eigenen Bezugsgruppe gepflegt werden. Die Vernünftigen werden entweder überhört oder aufgerieben in einem Diskurs der Radikalität, in dem die meist durch Empörung erreichte identitäre Selbstvergewisserung dem ernsthaften Lösen von Problemen im Weg steht.

Genau aus diesem Grund fehlt es in der öffentlichen Debatte vor allem an einem: an Ehrlichkeit. Worüber würden wir sprechen, wenn wir ehrlich wären? Dann würden wir darüber sprechen, wie die unvermeidliche Erhöhung des Renteneintrittsalters am gerechtesten umgesetzt werden kann. Schließlich wettet nur ein Narr gegen die Mathematik. Aber wenn der Narr auf der politischen Bühne noch vier Jahre König spielen kann, solange er die größte homogene Wählergruppe Deutschlands, Bürger über 60, nicht verärgert, dann wird er sich nicht ehrlich machen.

Und wenn wir ehrlich wären, würden wir über die Schattenseiten des Sozialstaates sprechen. Unser Sozialsystem fordert nämlich viele Opfer. Zum einen wird die enorme Abgablast in Deutschland hauptsächlich nicht, wie gerne propagiert, von den Superreichen geschultert, sondern

vor allem von der Mittelklasse. Das liegt daran, dass die Mittelklasse in den vergangenen 60 Jahren steuerlich schrittweise zur Oberklasse umdefiniert wurde. Laut Bund der Steuerzahler wurde der Spitzensteuersatz im Jahr 1958 noch beim 20-fachen des Durchschnittseinkommens fällig, heute greift er schon beim 1,3-fachen. Damit werden ganz normale Gymnasiallehrer, Ingenieure und Facharbeiter steuerlich behandelt, als würden ihnen ein Ölfeld und ein englischer Fußballclub gehören.

Das schwächt nicht nur die Leistungsbereitschaft und hemmt langfristig das Wirtschaftswachstum. Es führt auch zu einer sozialen Entfremdung der Mitte und damit einer ganz neuen Art der gesellschaftlichen Spaltung. Für viele Angehörige der Mittelklasse ist der Sozialstaat selbst zu einem Monster mutiert, der so exzessiv und ausbeuterisch daherkommt wie der Raubtierkapitalismus, den er bändigen sollte. Dadurch entfernt sich die Mitte, die das gesellschaftliche Gefüge trägt, zusehends von den Glaubenssätzen, auf denen unser Solidarsystem basiert.

Chancen für alle

Zum anderen fordert unser Sozialsystem auch unter den Menschen Opfer, die eigentlich von ihm profitieren. Der Sozialstaat existiert, um jedem Bürger ein würdiges Leben zu ermöglichen, unabhängig von seiner Herkunft und seinen individuellen Fähigkeiten. Zu einem menschenwürdigen Leben gehört aber vor allem, frei und unabhängig zu sein, seine eigenen Entscheidungen zu treffen und am Steuerrad seines eigenen Lebens zu sitzen. Ein „Leben auf Staatskosten“ ist nicht in erster Linie für die schlimmsten, die es durch Steuer-gelder finanzieren – sondern für die, die es leben müssen, die jeden Tag dem Gefühl der Abhängigkeit und der Ohnmacht ausgeliefert sind.

Wenn wir also ehrlich wären, würden wir darüber sprechen, dass wir nicht alle mit den gleichen Chancen geboren und nicht alle zu denselben Fähigkeiten erzogen werden. Genau hier muss der Sozialstaat ermächtigen und Chancen-Gerechtigkeit herstellen. Dazu müssten hinter den veralteten Computern unserer

Sozialämter aber nicht Büroangestellte sitzen, sondern psychologisch geschulte Sozialarbeiter und Motivationstrainer, Hunderttausende von ihnen, die den Menschen den Glauben an sich selbst zurückgeben und ihnen zeigen, wie fantastisch das Leben sein kann, wenn man es durch eigene Entscheidungen formt. Das wäre ein würdiges Leben – das wäre eine soziale Idee.

Die gute Elite

Und diese psychologischen Fachkräfte müssten auch in den Schulen sitzen und mit unseren Kindern die Antworten auf echte Lebensfragen erarbeiten: Wie entdecke ich meine Potenziale? Wie lebe ich ein sinnvolles Leben? Wie werde ich glücklich? Wie denke ich selbst? Nach welchen Werten will ich mein Leben später ausrichten? Wie stehe ich nach einer Niederlage wieder auf und wie erreiche ich meine Ziele? Sicherlich: Es gibt unzählige Pädagogen, die genau das Tag für Tag versuchen und sich aufreiben in einem Bildungssystem, das Lehrern und Schülern einerseits keinen Freiraum für diese Fragen lässt und andererseits hoffnungslos veraltete Schwerpunkte setzt.

Wir leben heute in einer unsicheren, sich immer schneller verändernden Welt mit unendlich vielen Möglichkeiten. Um sich in dieser Welt zurechtzufinden, müssen unsere Kinder die Ressourcen

erlernen, ohne Angst vor dem Scheitern Dinge mit Begeisterung und Leidenschaft zu tun. Genau das wird sie zu den Pfeilern einer zukunftsfähigen Gesellschaft machen. Denn daraus entsteht ein schöpferischer Prozess, aus dem genau das erwächst, was eine Gesellschaft voranbringt: nämlich Kreativität, Innovation, Eigenverantwortung, menschliche Größe – und Exzellenz.

Denn wenn wir ehrlich wären, würden wir uns eingestehen, dass wir in unserem bürokratischen Gleichheitswahn die Elitenförderung viel zu lange vernachlässigt haben. Anstatt heute die Grundlagen zu schaffen, um morgen aus dem Vollen schöpfen zu können, haben wir immer ausgeklügeltere Methoden entworfen, um schwindende Ressourcen umzuverteilen. Doch damit junge Menschen überhaupt die Motivation entwickeln, ihre Potenziale zu entfalten und über sich hinaus zu wachsen, braucht es eine Gesellschaft, die Exzellenz mit Anerkennung belohnt und nicht mit Abwertung und Steuererhöhungen bestraft.

Stattdessen haben die sozialen Medien einen unsäglichen Populismus von rechts und links beflügelt, der nun von allen Parteien bedient wird, und der aus jedem Ausreißer nach oben wahlweise einen „Ausbeuter“, „gewissenlosen Superreichen“ oder „Demagogen mit finsternen Absichten“ macht. Das Ergebnis: derart niedrige Pro-Kopf-Ausgaben in der Hochschulbildung, dass eine Rüge der OECD nötig wurde oder eine seit Jahrzehnten rückläufige Zahl an Firmengründungen, da es sich junge Leute lieber bei einem sicherem Job im öffentlichen Dienst bequem machen.

Wenn wir ehrlich wären, würden wir uns eingestehen, dass wir auf dem Weg sind, ein Volk von Neidern und Angsthasen zu werden, das sich auf das Schaffen von Gleichheit spezialisiert hat, weil es sich dadurch soziale Gerechtigkeit erhofft. Doch wenn wir ehrlich wären, würden wir uns auch eingestehen, dass es nicht gerecht sein kann, einer Gesellschaft nicht nur die Zukunft, sondern jedem Einzelnen auch das zu rauben, worum es im Leben geht: nämlich die Chance, der beste Mensch zu werden, der er sein kann.

Armes, reiches Deutschland

Die Zahlen zeigen schonungslos: Das Wohlstandsversprechen gilt nicht mehr für alle. Wie geht es weiter?

- Teil 1 Gute Arbeit, fairer Lohn?
- Teil 2 Pandemie der Altersarmut
- Teil 3 Armes Volk im reichen Land
- Teil 4 Was die Politik tun will
- Teil 5 Profi-Tipps für den Sparer
- Teil 6 Für mich ist jeder Tag Zahltag
- Teil 7 Ende des Kapitalismus?
- Teil 8 Von Neidern und Angsthasen

Was denken Sie über diese Entwicklungen? Schreiben Sie dem Autor unter c.korfmacher@nordkurier.de

